

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
bei Bestellungen

Abenteuer in Florenz
der neue Roman in
der Arbeiterstimme
beginnt morgen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich 1,50 M., halbjährlich 7,50 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 234 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 234 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 14-16 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr
Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gezeichnete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang Dresden, Donnerstag den 27. Juni 1929 Nummer 147

Die Wucherzölle endgültig beschlossen

Ernährungsminister Dietrich verspricht im Herbst weitere Zollerhöhungen vorzuschlagen / Das erbärmliche Spiel der sozialdemokratischen Fraktion und ihrer 4 Minister / Arbeiter, fordert und erkämpft zwihsentariische Lohnerhöhungen!

Berlin, den 26. Juni. (Fig. Bericht.)

Nachdem Dienstagabend im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages bereits die Erhöhung der Zölle für Butter, Zucker, Kartoffeln, Fleisch und Brot beschlossen wurde, kamen diese Beschlüsse am Mittwoch früh zur endgültigen Erledigung in das Reichstagsplenum. So eilig hat es die Regierung Hermann Müller, die Zollwucherparteien zufrieden zu stellen. Wie vorausgesehen war, stimmte bei der endgültigen Abstimmung die Zollwucherfront von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten für alle Zollwucher-Anträge der Großagrarier und die Vorschläge der Regierung.

So wurde endgültig die Erhöhung des Butterzölles von 27,50 Mark auf 50 Mark angenommen.

Desgleichen die Erhöhung des Zuckerzölles durch einen monatlichen Zuschlag von 15 Pfennig.

Der Zoll auf Brotgetreide wird in Zukunft bei Roggen und Weizen ebenfalls erheblich erhöht. Angenommen wurde ferner der Antrag auf Einstellung der Rindereinfuhr in den Sommermonaten, und der Antrag auf Erhöhung des Kartoffelzölles. Das Charakteristische bei dieser Abstimmung ist, daß Deutschnationale und Nationalsozialisten mit ihrer Zustimmung zu diesen Anträgen ausdrücklich ihr Einverständnis mit der Zollpolitik der Hermann-Müller-Regierung bekräftigen. So zeigt sich also eine auswechselbare Koalition. Wenn bei der Beschlussfassung über die Regierungsanträge auf verschärften Zollraus die Sozialdemokraten Opposition mimten, so springen schnell die Deutschnationalen ein, um die Anträge der Regierung zu unterstützen und um keine Regierungskrise heraufzubeschwören. Des öfteren zeigte sich schon in den vergangenen Wochen, daß die Hermann-Müller-Regierung bei allen entscheidenden Gelegenheiten die Unterstützung der Deutschnationalen hat. Wie „ernst“ es die Sozialdemokraten mit ihrer Opposition meinen, zeigt die Tatsache, daß sie den Antrag der Kommunisten, auf Abhebung der Zollwucheranträge von der Tagesordnung nicht einmal unterstützten und bei ihren Reden mit keinem Wort auf die furchtbaren Folgen des neuesten Zollwuchers für die Werktätigen hinwiesen.

Die Sozialdemokraten entlarvten ihre Opposition selbst, indem sie gegen die kommunistischen Anträge auf Zollfreiheit für Zucker, Kartoffeln und Butter stimmten.

Die Großagrarier können jedoch ihren Hals nicht voll genug bekommen. In der gleichen Sitzung, in der sie von der Hermann-Müller-Regierung die unverkäuflichen Zollgeschenke bekommen, überreichten sie schon noch mehr. Der Ernährungsminister dieser Regierung, unter Führung der Sozialdemokraten, vertritt die Großagrarier auf den Herbst. Es sei in der kurzen Zeit nicht möglich gewesen, allen Wünschen der Agrarier nachzukommen. Ausdrücklich versicherte der Minister, daß die jetzige Regierung alles daran setzen werde, den Großagrarier zu helfen, das heißt weitere Wucherzölle zu bewilligen.

Sitzungsbericht

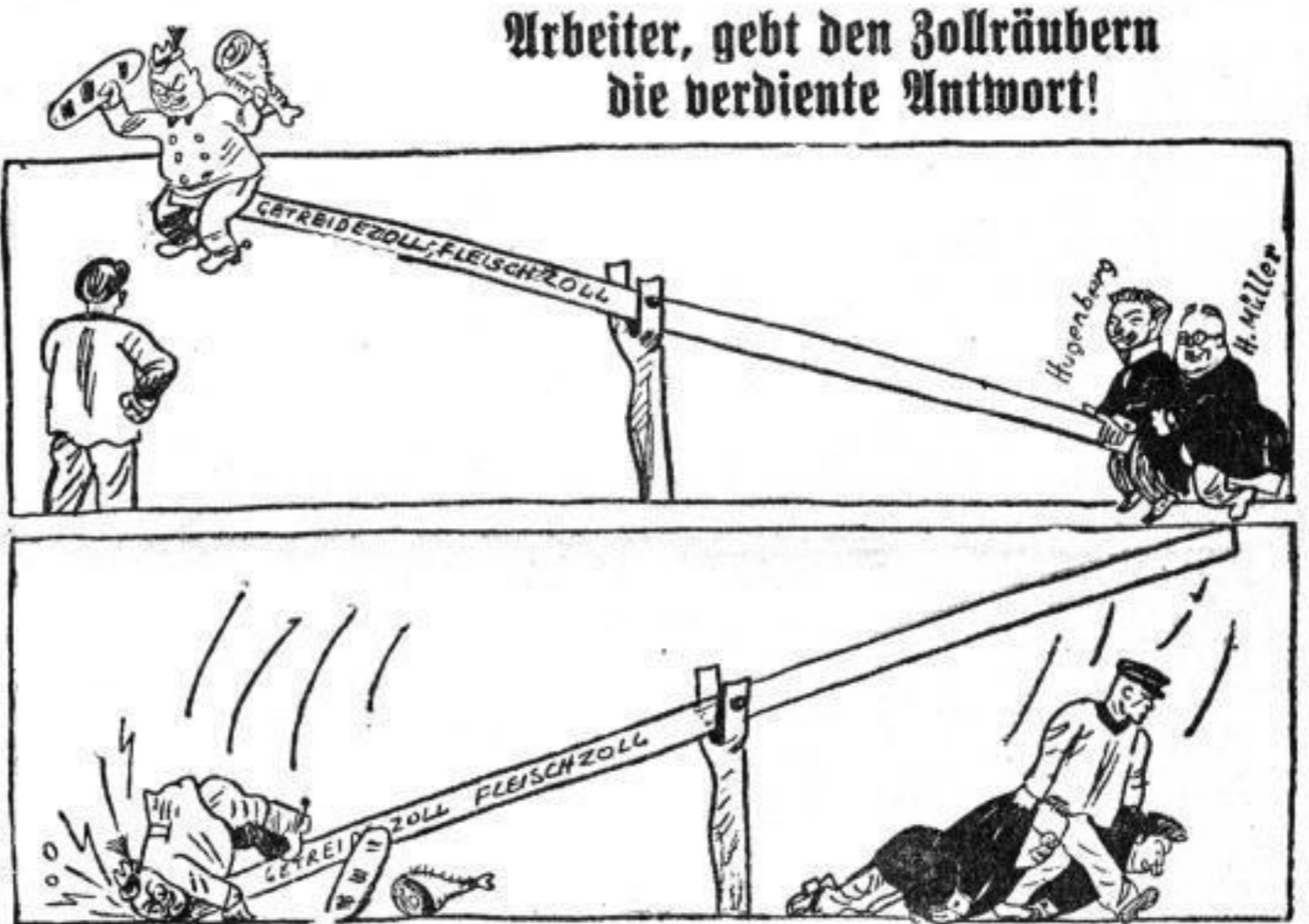
Auf der Tagesordnung der Sitzung vom Mittwoch dem 26. Juni steht die zweite Beratung der Vorlagen über Erhöhung der Zölle für Butter, Kartoffeln, Zucker und Fleisch. Genosse Torgler beantragte Abhebung von der Tagesordnung, da der gedruckte Ausschussbericht den Abgeordneten nicht mehr zugegangen sei. Die Abhebung wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Als erster Debatterederer spricht Genosse Hoerle:

Die Bürgerblockregierung hatte das zollfreie Kontingent für Gefrierfleisch von 120 000 Tonnen im Jahre auf 50 000 Tonnen herabgesetzt. Durch die jetzige Regierung soll auf Umwegen die gesamte Einfuhr von Gefrierfleisch gedrosselt werden. Wir stellen neuerdings einen Rückgang des Fleischkonsums auf den Kopf der Bevölkerung fest. Das ist die Folge der Massenarbeitslosigkeit und des Sinkens der Kaufkraft in den breiten Massen. Die Erhöhung der Viehzölle ist ein ungeheurer promovierender Angriff auf die Arbeiterklasse. Doch wir sind uns klar darüber, daß jetzt erst der Anfang des großen Raubzuges auf die Taten der arbeitenden Massen beginnt. Wir werden erleben, daß in den nächsten Monaten und in den kommenden Jahren unausgesetzt neue Angriffe auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen gemacht werden.

Zu den Hungerlöhnen kommen die Hungerzölle

Die Sozialdemokraten, die in der Regierung sitzen und die hier die vergewaltigte Jungfrau spielen, tragen die volle Verantwortung für den Hunger.



Arbeiter, gebt den Zollräubern die verdiente Antwort!

antwortung für den Zollwucher. Wenn die Sozialdemokratie wirklich eine Partei der Arbeitermassen wäre, so würde sie jetzt die 9 Millionen Wähler mobilisieren, hineingehen in die Betriebe und die Gewerkschaften, um einen Massensturm zu entfesseln und die Zollräuber an den Pranger zu stellen. Sie würde diese Koalitionsregierung zum Teufel jagen. Aber nichts dergleichen geschieht. Wie die aufgeschreckten Hühner laufen die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag herum und wissen sich nicht zu helfen, wie sie zu einem einigermaßen erträglichen Kompromiß kommen können.

So spielt die Sozialdemokratie eine elende heuchlerische Doppelrolle

Wir werden darum kämpfen, daß diese Regierung des Zollwuchers, des Steuerzuges, der offenen und geheimen Kriegsvorbereitungen so schnell wie möglich verschwindet, damit an ihre Stelle eine proletarische Regierung kommt, die mit eiserner Faust Ordnung schafft. (Beifall bei den Komm.)

Abg. Lind (Dnat.) wirft der Regierung vor, sie treibe keine Bauernpolitik.

Abg. Hepp (Christl. nat. Bauernpartei): Die Beschlüsse, die heute gefaßt werden, befriedigen die Bauern keinesfalls, und der Haß gegen die bauernfeindliche Regierung wird noch wachsen.

Reichsernährungsminister Dietrich: Einige agrarische Vertreter beschwerten sich, daß bei den letzten Verhandlungen nicht genug herausgekommen sei. Daraus muß ich erwidern, daß das, was erreicht worden ist, überhaupt nicht durchgesehen gewesen wäre, wenn nicht agrarische Vertreter in den Regierungsparteien läßen und dort mit viel größerem Erfolge arbeiteten, als wenn sie in der Opposition wären. Ich kann den Bauernvertretern erklären, daß man noch immer das zunächst mögliche vornehmen und das andere nachholen muß, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Verbot der KPD in Königsberg

Der Anfang ist gemacht

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Tige in Königsberg, der vor acht Tagen seine Polizei gegen die demonstrierenden Arbeiter vorstreckte und nach Jürgelbeil-Methode brutal auf sie einhauen ließ, hat den „Ruhm“, den ersten Streich zum Verbot der KPD geführt zu haben.

Er ließ an einen Genossen folgenden Brief richten:

An den Vorl. der Schiffs- und Hafenzelle der KPD, Königsberg, Herrn Seemann Willi Rabed.

Nach den polizeilichen Feststellungen, insbesondere anlässlich der Auflösung der Verklammerung der Mitglieder der Hafen- und Schiffszelle der KPD in Königsberg am 16. d. M. lehnen die Mitglieder der durch Erlass des Herrn preussischen Ministers des Innern vom 3. Mai 1929 - II, 1420 v - aufgelösten Roten Marine diese Organisation durch Betätigung in der neugegründeten Hafen- und Schiffszelle der KPD in Königsberg fort.

Die festgestellten Personen haben hiernach wegen polizeiwidriger Fortsetzung, Förderung und Neubelebung der aufgelösten Roten Marine auf Grund des § 19 des Republikverfassungsgesetzes Verurteilung zu erwarten, um

ges.: Tige, Polizeipräsident.

Der Sozialdemokrat Tige hat also den Geheimbefehl Seeverings zur schärfsten Verfolgung von KPD-Kameraden und solchen der Roten Marine sehr gut verstanden. Er geht einfach dazu über, alle Kameraden, die sich der kommunistischen Partei anschließen, dadurch „unschädlich“ zu machen, indem er kurzerhand die KPD-Schiffszelle auflöst, das heißt am nächsten Tage kann dieses Verbot auch andere Zellen der KPD treffen. Es ist klar, daß dieses Vorgehen völlig gezwungenermaßen und den schärfsten Widerstand der Partei und der gesamten revolutionären Arbeiterklasse hervorzurufen wird. Jeder KPD-Kamerad wird sich in der kommunistischen Partei organisieren, ohne daß es solche Lakaten der Bourgeoisie, wie der Polizeipräsident Tige, Seevering und andere es verhindern können.

Oppositionelle Betriebsräte u. Vertrauensleute

Genosse Bruno Siegel, Betriebsrat bei der Reichsbahn, spricht über: „Kampf der Gewerkschaftsopposition gegen reformistische Spaltungspolitik und Ausbaueines revolutionären Vertrauensmännersystems“

Freitag, 28. Juni, 19.30 Uhr
„Annenstraße“ (Fischhofplatz)
Betriebsräte- und Vertrauensleute-Vollversammlung